



Statement

BDI-Presskonferenz auf der Hannover Messe

25. April 2016
Messe Hannover, Halle 19/20, Raum Sydney

Ulrich Grillo
Präsident, Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.

Es gilt das gesprochene Wort.

**Bundesverband der
Deutschen Industrie e.V.**
Mitgliedsverband
BUSINESSEUROPE

Hausanschrift
Breite Straße 29
10178 Berlin

Postanschrift
11053 Berlin

Telekontakte
T: 030 2028-1450
F: 030 2028-2450

Internet
www.bdi.eu

Ich begrüße Sie herzlich zur traditionellen BDI-Presskonferenz auf der Hannover-Messe.

Seite
2 von 7

Ganz besonders freuen wir uns über unser diesjähriges Partnerland, die USA. Sie sind hier in Hannover zum ersten Mal überhaupt Partnerland einer Messe im Ausland. Unsere amerikanischen Partner sind mit fast 500 Unternehmen und Forschungsinstitutionen vertreten – das ist die größte amerikanische Delegation, die es je auf der Messe gegeben hat.

Auf der größten Industrieschau der Welt beweisen ab heute mehr als 5 200 Industrieunternehmen aus 75 Ländern, wie kreativ und innovativ sie sind. Deutsche Unternehmen mischen ganz vorne mit. Sie haben im globalen Wettbewerb oft die Nase vorn – noch.

Keineswegs ist unsere Exportstärke in Stein gemeißelt. Das zeigen die aktuellen Entwicklungen: Die Auslandsnachfrage nach „Made in Germany“ schwächelt.

Der Handel mit unseren europäischen Nachbarn läuft gut, zugleich hagelt es schlechte Botschaften aus vielen globalen Absatzmärkten; allen voran aus den Schwellenländern.

Das ist bedenklich. Zumal insbesondere Investitions- und Ausrüstungsgüter betroffen sind. Produkte also, die unsere Stärke ausmachen.

Die Konsequenz: Der Export läuft weniger rund, als dies alle Experten, auch der BDI, zum Jahresanfang erwartet haben. Die Weltwirtschaft stolpert voran. Die starken Wachstumsraten der vergangenen Jahre sind weit entfernt.

Zweifellos nimmt die globale Unsicherheit zu, steigen die Risiken im Export- und Auslandsgeschäft. Damit meine ich nicht nur die militärischen Konflikte, etwa in der Golfregion. Auch das Juni-Referendum über einen möglichen EU-Austritt des Vereinigten Königreichs hat das Potenzial, die gesamte Weltwirtschaft zu verunsichern.

Die deutsche Industrie spürt dieses Mehr von Konflikten, Risiken und Wachstumsschwächen heftiger als andere Wirtschaften. Mit dem Ergebnis, dass die Investitionsquote hierzulande weit hinter ihren Möglichkeiten bleibt.

Der BDI korrigiert deshalb seine Wachstumserwartungen leicht nach unten: Wir rechnen fürs laufende Jahr nun mit einem BIP-Plus von 1,5 bis knapp zwei Prozent. Bisher waren wir von knapp zwei Prozent ausgegangen.

Das gibt keinen Anlass zur Panik. Gegenwärtig schlägt das verschlechterte Umfeld noch nicht durch auf die Konjunktur. Derzeit freuen wir uns über den weiterhin kontinuierlichen Stellenzuwachs auf dem Arbeitsmarkt. Aber die Entwicklungen müssen uns nachdenklich machen: Aktuell wird unser Aufschwung vor allem vom starken Konsum angetrieben.

Bitte verstehen Sie mich nicht falsch: Ich finde die Kauflaune der Verbraucher erfreulich. Aber sie hängt ab von Sonderfaktoren: Ursache des Booms sind immer noch günstige Ölpreise, historisch niedrige Zinsen und ein unterm Strich zu schwacher Euro. Wer fürs Sparen nicht belohnt wird, der gibt eben mehr Geld aus.

Was aber passiert, wenn diese externen Faktoren nicht mehr wirken? Was passiert, wenn unsere Inflationsrate weiterhin so niedrig bleibt – und die Konsumenten aufs Konsumieren und Unternehmer aufs Investieren verzichten? Weil sie denken, morgen wird's noch billiger? Und was passiert, wenn in Europa reformmüde Staaten die mühsam errungene Euro-Stabilität wieder verspielen?

Dann kann unser Konjunktur-Kartenhaus in sich zusammenfallen. Denn wir haben dieses Land in den vergangenen Jahren leider nicht wetterfest gemacht.

Das zeigt sich an vielen Stellen:

- Unsere Arbeitsproduktivität tritt seit einiger Zeit auf der Stelle.
- Unsinnige Entscheidungen in der Renten- und Sozialpolitik verschärfen die enorme Herausforderung einer alternden Bevölkerung.
- Unsere Infrastrukturen, die Straßen, Schienen und Brücken, unsere Energienetze und digitalen Netze – sie sind in einem beklagenswerten Zustand.
- In der Energie- und Klimapolitik verliert die Bundesregierung den Bezug zum industriellen Kern unseres Landes. Der so genannte Klimaschutzplan ist alles andere als ein realistisches Konzept für eine effiziente Klimaschutzpolitik.
- Und bei der Erbschaftsteuer warten die eigentümer- und familiengeführten Unternehmen nach wie vor auf eine faire, klare und praxisnahe Lösung.

Das kann es nicht sein. Ich erwarte von der Bundesregierung, dass sie trotz großer Herausforderungen durch die Flüchtlinge bis zur Sommerpause die Wirtschaftspolitik wieder stärker fokussiert. Zum Beispiel mit einer Politik für gesunde digitale Infrastruktur.

Bis heute liegt der Standort Deutschland bei Tempo und Netzabdeckung lediglich im Mittelfeld, abgeschlagen hinter führenden Industriestaaten. Hier brauchen wir öffentliche Mittel als Vorlauf-Investition für privates Engagement. So sind die für den Aufbau eines flächendeckenden Ein-Gigabit-Glasfasernetzes bis 2025 geplanten zehn Milliarden Euro Fördergelder nicht genug.

Unser Land braucht nicht nur für das schnelle Internet mehr Investitionen, auch private, und zwar dauerhaft. Dafür bedarf es besserer Rahmenbedingungen für Forschung und Entwicklung, für Risikokapital, für Unternehmensgründer.

Unterdessen wissen wir in der Wirtschaft, wie wir unsere Potenziale vergrößern können: durch mehr Kooperation und mehr Vernetzung mit unseren starken Partnern jenseits des Atlantiks.

Auf dieser Hannover Messe demonstrieren Deutschland und Amerika eindrucksvoll, wie weit die Vernetzung unserer Industrien beim Thema Digitalisierung bereits fortgeschritten ist. Und wie viel Potenzial es noch gibt.

Wie gut Deutsche und Amerikaner bei der Digitalisierung kooperieren können, beweist die junge Zusammenarbeit der deutschen Plattform Industrie 4.0 mit dem Industrial Internet Consortium IIC. Wir schaffen eine Win-Win-Situation, wenn wir gemeinsame Standards schaffen, etwa in der Automatisierung oder der digitalen Vernetzung von Produktionsanlagen. Ich erwarte für die gesamte verarbeitende Industrie einen Wachstumsschub.

Wir Deutschen können im Teamwork mit den führenden US-Softwareanbietern unsere Stärken in der industriellen Fertigung, im Maschinenbau und der Elektrotechnik, optimal ausspielen. Beim Thema Industrie 4.0 zeigen wir, dass Deutsche und Amerikaner in der Lage sind, gemeinsam Regeln und Standards für die Zukunft der Digitalisierung zu entwickeln. Zum beidseitigen Nutzen.

Erstmals haben die USA voriges Jahr Frankreich als wichtigsten Exportmarkt unserer Unternehmen abgelöst. Das zeigt: Für die deutsche Industrie mit ihren vielen mittelständischen Unternehmen werden die USA als Absatzmarkt und Handelspartner immer wichtiger.

Umso wichtiger ist es, dass wir noch mehr Chancen konsequent nutzen. Da denke ich ans transatlantische Freihandelsabkommen TTIP. Der BDI und unsere amerikanischen Partner wollen diese Messe nutzen, um TTIP gemeinsam voranzubringen.

Wir freuen uns über die aktive Unterstützung von Präsident Obama. Mit seinem Besuch der Hannover Messe hat der US-Präsident ein starkes Signal für die Bedeutung von TTIP für sein Land gesendet.

Neue wirtschaftliche Potenziale werden wir nur mit einem umfassenden Freihandelsabkommen nutzen können: mit klaren Regeln, aber auch Reformen an den richtigen Stellen. Und mit mehr Transparenz. Für eine breite gesellschaftliche Akzeptanz müssen weitere ehrgeizige Schritte folgen.

Dagegen können wir mit einem „TTIP light“ die Zukunft der Globalisierung im Sinne unserer Werte und Standards nicht entscheidend mitgestalten. Und ohne TTIP würde es schon gar nicht gehen. Den Demonstranten vom Wochenende muss klar sein, dass ohne das Abkommen der pazifische Raum die Deutungshoheit darüber gewinnen würde, welche Regeln gelten.

Deshalb unser Ja zu TTIP. Und darin sind wir uns einig mit unseren amerikanischen Partnern von der U.S. Chamber of Commerce. Unsere gemeinsame Perspektive und unsere Vorschläge für den Pakt haben wir für heute zusammengefasst. Unsere Botschaft: Die Wirtschaft will und braucht ein starkes und faires TTIP – auf beiden Seiten des Atlantiks.

Wir setzen darauf, dass die TTIP-Verhandlungen jetzt weiter Fahrt aufnehmen. Die politisch Verantwortlichen müssen den Willen aufbringen, die kritischen und sensiblen Fragen zu beantworten: Wie gelingt der Zugang zu öffentlichen Aufträgen in den USA? Welche Art von Investitionsschutz, welche regulatorische Kooperation ist erforderlich? Ein unterschrittsreifes Abkommen wird es wohl bis Ende dieses Jahres nicht geben. Aber der politische Rahmen sollte dann stehen. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.

Spürbare Fortschritte bei TTIP sind ein außerordentlich wichtiges Signal gegen all die protektionistischen und nationalistischen Tendenzen, die gerade weltweit Konjunktur haben. Immer mehr Menschen – in

Deutschland und etlichen Ländern Europas, selbst in den USA – würden am liebsten die Tür vor der Globalisierung schließen und es sich zuhause gemütlich machen. Dabei ist für mich klar: Jegliche Form von Nationalismus und Abschottung führt nicht zu mehr Wohlstand, sondern zu weniger Wohlstand und weniger Stabilität.

Lassen Sie mich zusammenfassen: Angesichts wachsender Unsicherheit und wegen des weltweit zögerlichen Wirtschaftswachstums revidiert der BDI seine Wachstumserwartung für dieses Jahr nach unten: auf 1,5 bis knapp zwei Prozent.

Die Bundesregierung muss bis zur Sommerpause unbedingt die Wirtschaftspolitik wieder stärker fokussieren. Deutschland ist noch nicht krisenfest, unser Land steht vor riesigen Herausforderungen: Der Investitionsbedarf in den Infrastrukturen ist gewaltig.

Natürlich verlangt die politische und administrative Bewältigung der schutzbedürftigen Flüchtlinge der Politik sehr viel ab. Aber das darf kein Argument sein, wirtschaftspolitisch die Hände in den Schoß zu legen.

Ganz im Gegenteil: Nur mit einer starken und wettbewerbsfähigen Industrie wird unser Land diese Herausforderungen schaffen.